



**Brigitte Zypries**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Staatssekretärin beim  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie  
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: [brigitte.zypries@wk.bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@wk.bundestag.de)

Darmstadt, 4. Juli 2014

### **Rote Karte für schlechte Zahlungsmoral**

Lange Zahlungsverzögerungen im Geschäftsverkehr waren in der Vergangenheit vor allem für kleinere Betriebe ein großes Problem und führten manches Unternehmen in die eigene Zahlungsunfähigkeit. Um dies zukünftig zu verhindern, hat der Deutsche Bundestag heute das Gesetz zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr beschlossen und schafft damit die Grundlage für ein neues „Fair Play“ in Vertragsbeziehungen. „Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes legen wir heute das Fundament für einen finanziell starken Mittelstand und ein starkes Handwerk in Deutschland“, unterstreicht die Darmstädter Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries (SPD).

Durch das neue Gesetz können im Geschäftsverkehr nur noch Zahlungsfristen bis zu höchstens 60 Tage vereinbart werden. Eine längere Frist wird nur dann zulässig sein, wenn sie ausdrücklich getroffen und für den Gläubiger nicht grob nachteilig ist. Striktere Fristen werden für den Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern festgesetzt. In diesen Fällen werden die Zahlungsfristen auf höchstens 30 Tage beschränkt. Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, durch die diese Regelungen umgangen werden sollen, sind zudem gesetzlich ausgeschlossen und damit unwirksam.

Pressemitteilung



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Staatssekretärin beim  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie  
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: [brigitte.zypries@wk.bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@wk.bundestag.de)

Bisher mussten oft gerade mittelständische Betriebe und das Handwerk finanziell weit in Vorleistung treten - Rechnungen wurden von den Auftraggebern häufig erst spät gezahlt. Lange Zahlungsfristen von über 3 Monaten waren an der Tagesordnung. Für die kleineren und mittleren Unternehmer bargen diese Zeitrahmen ein großes Risiko, denn sie liefen Gefahr, eigene Rechnungen und Angestellte nicht mehr bezahlen zu können, obwohl die Betriebe auf dem Papier deutlich im „Plus“ waren. Zahlungsunfähigkeit und daraus resultierende Insolvenzen waren oft die Folge. „Mit unserem Gesetzentwurf zeigen wir der laxen Zahlungsmoral nun die rote Karte“, erklärt Brigitte Zypries abschließend.

# Pressemitteilung